

### **Chancen und Gefahren des Aufklärungsjournalismus: jetzt ist der Iran dran**

Der us-amerikanische Starreporter Seymour Hersh scheint wieder einen Skandal aufgedeckt zu haben. Diesmal nicht Folterexzesse wie in Abu Ghraib, sondern ein geheimdienstlicher Coup in Sachen Iran als zukünftiges *Operationsziel*. Durch den Bericht ausgelöst wurde in Deutschland aber weniger eine Diskussion um die Legitimität solcher *Eingriffe* - um bei der Vorstellung chirurgischer Präzision zu bleiben -, als vielmehr eine Diskussion um „das“ iranische Atomprogramm – wohlgemerkt nicht ein mögliches Programm, sondern „*das* Programm“, das damit bereits zum Fakt erklärt wird. Während us-amerikanische Politiker und Qualitätszeitungen durchaus juristische Bedenken der Geheimdienstpraxis erörterten, hat man in Europa vonseiten der Politik vor allem mit pragmatischem Lösungsopportunismus geantwortet. So wird aus „dem Atomstreit“ mit dem Iran eine „Atomfrage“, die weiter *behandelt* werden muss, auch wenn von Verhandlungen die Rede ist.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Hersh - ebenso wie die europäischen Politiker - Gefahr läuft, einer Thematisierung zu dienen, die ganz im Sinne der von ihm kritisierten Regierung ist: der Iran als Schurkenstaat. Ähnlich wie bei der Einstimmung auf den jüngsten Irak-Krieg könnte es hier ablaufen. Obwohl nichts anders ist als zuvor, wird plötzlich und ausschließlich Aufmerksamkeit auf den neu definierten Krisenherd gelenkt, einfach indem man davon spricht. Denn, Gefahr gibt es vielfältige auf der Welt. Warum also gerade diese eine hier benennen? Aus den bisherigen Kriegsvorbereitungsdiskursen können wir einige Regeln ableiten, die bei der Berichterstattung zu beachten sind - obwohl es freilich effektiver wäre, wenn dies die Politik bereits ernst nehmen würde. Denn die Agenda bestimmen nicht die Medien. Sie drohen zunehmend zu Instrumenten eines gezielten Medienmanagements einerseits und eines unbesonnenen Reagierens von seiten der Politik andererseits zu werden. Auch Facetten sollten darüber nicht hinweg täuschen. Nicht jeder kann Themen definieren, die erörtert werden müssen, und dabei Krisenregionen ausrufen. Die Macht dazu haben nur diejenigen, denen man diese einräumt – in einer Hierarchie.

Vergegenwärtigen wir uns einige Muster: 1990 hat ein böser Schurke (Saddam Hussein) ein völlig unschuldiges Opfer (Kuweit) arglistig überfallen. Der selbstlose Held (USA) hat dieses „Opfer“ befreit und gerettet – diese märchenhafte Vorstellung entspricht den Argumenten, mit denen man den Krieg gegen die Iraker legitimiert hat. Gut und böse sind eben nur im Märchen leicht erkennbar und trennbar. 2001 wurde aus Afghanistan ein Humanistan, das wiederum gut bzw. besser ist als das, was vorher die Menschen tyrannisiert hat. Trotz der Argumentation mit dem 11. September erschien der widerrechtliche Angriff erst dadurch legitim, dass man den Menschen seither ein besseres Leben bescheinigt als zu Zeiten des Taliban-Regimes. Ähnlich argumentiert wurde auch 2002 als die Mär vom waffenstarken Irak nicht zog. Trotz Kritik an den konkreten Kriegsplänen konnte man in Deutschland ein starkes Kosten-Nutzen-Denken feststellen: wenn es den Menschen nachher besser ginge, wäre dann nicht ein kriegerischer Schlag gegen den Irak gerechtfertigt - gar „humanitäre Pflicht“? Genau mit diesem Konzept wird nun versucht, eine Einmischung in den Iran zu rechtfertigen, wenn von der „Tyrannei gegen das eigene Volk“ die Rede ist.

Könnte es nicht also einen Gewinn für die „freie“ Welt darstellen, wenn auch dieser Schurke beseitigt würde? Eine nüchterne Gewinnkalkulation bestimmt das Denken, nicht etwa juristisches oder etwa evangelikales „göttliches“ Recht. Der Iran nährt das Bild des Tyrannen schon lange. Die Begriffe *Mullah* und *Ayatollah* sind inzwischen zu Schimpfwörtern geworden, etwa wenn von Jean-Claude Trichet als „Ayatollah des Geldes“ die Rede ist. Das iranische Regime bietet sich als Feind geradezu an – auch durch die offene Unterstützung bestimmter Terrorgruppen. Von den Vorgängen im Land haben wir in den letzten Jahren herzlich wenig erfahren und das nützt nun einer Eskalationspolitik. Ob Militärschlag oder nicht, die Einmischung wirkt sich in jedem Fall aus. Denn welche regimekritische Opposition würde sich angesichts eines Feindes außen gegen die eigene Regierung stellen und damit zum Landesverräter werden? Der Konfrontationskurs nützt wie immer den Maximalisten auf allen Seiten. Die Moderaten verlieren an Glaubwürdigkeit - so auch die Europäer. Dabei wäre es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die inneriranischen Erkenntnisse politisch zum Tragen gekommen wären, wie es viele Beobachter bezeugen – und wie es der einzige erfolgversprechende und nachhaltige Weg ist. Dieser Prozess wird nun allein schon durch die Verbalattacken gestört. Und da er von Nichtinsidern sowieso nicht wahrgenommen werden konnte, wird es plausibel erscheinen, wenn man schließlich wieder zu dem Schluss kommt, dass die Iraner – oder verallgemeinernd die Muslime - zu einer Demokratie nicht fähig seien. Dies, weil die Berichterstattung die Entwicklungen im Iran und die demokratischen Tendenzen an der Basis ausgeblendet hat – denn, *only bad news are good news*. So kam auch in hiesigen Qualitätszeitungen und –sendungen der Iran allenfalls als kurze Randnotiz vor.

Dieses Versäumnis ist nicht wieder gut zu machen und schon gar nicht jetzt. Es darf nicht der gleiche Fehler passieren, wie vor dem jüngsten Irak-Krieg, als alle nur noch und ausschließlich über den Irak debattierten. Da wurde plötzlich die Situation der Menschen gezeigt, die seit einem Jahrzehnt unter dem UN-Embargo litten, ein Portrait von Saddam Hussein, Stimmen von Regierungstreuen und Oppositionellen. In dieser Situation aber hatte das den Effekt, die Frage, ob Angriff oder nicht, gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Denn kein anderes Krisengebiet hatte auch nur einen Bruchteil des Raums oder der prominenten Platzierung wie der Irak. Wenn auch hin und wieder genau dies kritisiert wurde, so konnte sich keine andere Krise dazwischen drängen und schließlich blieb es bei der Fixierung auf den Irak – auch von seiten der Kriegsgegner. Dieser Art der Markierung entgeht auch der vorliegende Beitrag nicht und hierin liegt die Tücke im System. Auch relativierende Beiträge helfen dabei, die Aufmerksamkeit auf den Punkt zu lenken, den jemand als Ziel auserkoren hat. Wie kann man diesem Bedienen einer Eskalation entgehen?

Zunächst muss immer der Kontext geklärt werden, in dem wir uns befinden. Was in Zeiten des Friedens investigativer Journalismus sein kann, kann in Zeiten der Krise zur Kriegspropaganda mutieren. Medien hätten aber die Möglichkeit, ganz bewusst andere Themen als die vorgegebenen zu aktivieren. Dies aber nur, wenn man den Mythos aufgibt, reiner Chronist zu sein und bestimmtes „bringen“ zu müssen, denn Medienschaffende gestalten alle aktiv die Sicht auf die Welt, ob bewusst oder unbewusst, intendiert oder nicht. Warum also nicht auch entsprechend einer noch zu definierenden Leitlinie, die die gesellschaftliche Verantwortung in den Vordergrund stellt? So kann z.B. durch einen bewussteren Umgang mit Sprache – über stilistische Fragen hinaus – vermieden werden, die sich herauskristallisierenden Denkmuster zu bedienen, wie etwa die Märchenmetaphern. Diese haben immer eine eigene Logik und enthalten unausgesprochene Schlussfolgerungen. Sie aktivieren unsere innersten Werte und leisten deren Missbrauch Vorschub – Stichwort Humanistan.

Wäre es nicht unmenschlich, diese Menschen dort im Stich zu lassen? Und wer wünscht sich nicht eine heile Familie, wie sie uns gerade George Bush verspricht? Demokratie und Freiheit für die ganze Welt. Von der US-Familie zur Weltfamilie, und alle gehorchen den gleichen Regeln einer schützenden Vaterfigur. Er allein weiß, was gut ist für die Kinder. Diese zu erziehen ist die Aufgabe – zu ihrem Besten. Und weil man auf ungezogene Kinder besonders gut aufpassen muss, damit sie kein Unheil anrichten können, wird also eine starke Hand nötig sein – direkt vor Ort oder aus der Ferne, deren langer Arm sich von dem der Kolonialzeit kaum unterscheidet.

Nicht vergessen werden darf, dass die Regierung Bush nicht nur die Welt dividiert und polarisiert, sondern auch die eigenen Leute. Die USA ist genauso wenig ein homogener Block wie der Westen, der Iran, die arabische Welt oder gar die muslimische. Die vielen Menschen in den USA, die etwa bei der Amtseinführung Bushs gegen seine Politik demonstriert haben, verdienen es wahrgenommen zu werden. Die Betroffenen einer repressiven Politik tun gut daran, nicht in die gleichen Pauschalierungen zu verfallen wie das Gegenüber, sonst bleibt die Konfrontation bestehen, die nicht durch Sieg, sondern nur durch Gleichwertigkeit beseitigt werden kann.